

Studierende kritisieren die Uni Basel

Sie wünschen sich besseren Schutz gegen sexualisierte Gewalt und mehr Transparenz.

Maria-Elisa Schrade

Der Fall einer Doktorandin an der Universität Basel, die im Winter 2018 Beschwerde gegen ihren Doktorvater wegen sexueller Belästigung einlegte, wird derzeit von Studierenden dieser Universität wieder neu aufgerollt.

Nach einer Protestaktion vor dem Kollegienhaus Mitte Oktober erhebt das Kollektiv Dulifera nun auch in sozialen Medien gegenüber der Uni Basel schwere Vorwürfe: Im Uni-Blog «JetztZeit» schreiben «Starke Student:innen», ihre Hochschule habe besagte Doktorandin in ihrem Kampf um Gerechtigkeit im Stich gelassen, gehe nach wie vor zu wenig gegen sexualisierte Gewalt vor und sei nicht transparent in der Aufarbeitung vergangener Übergriffe.

Schon vor drei Jahren hatte die Geschichte der Doktorandin auch in den Medien hohe Wellen geschlagen, weil der beschuldigte Professor nach einer

schriftlichen Abmahnung und sechsmonatigen Auszeit wieder in seine Lehrtätigkeit an der Universität zurückkehrte, ohne dass sein Fall öffentlich aufgearbeitet worden wäre. Studierende warfen ihrer Universität deshalb vor, den Fall zu verschleiern, was diese unter Berufung auf den Schutz von Persönlichkeitsrechten zurückwies.

Gegen den Beschuldigten lief nie ein Strafprozess

Tatsächlich konnte nie ein Strafverfahren gegen den Beschuldigten eingeleitet werden, weil die Anklägerin die dreimonatige Anzeigefrist versäumt hatte. Erst fünf Jahre nach des mutmasslichen Missbrauchs habe sich die Doktorandin getraut, die psychologische Beratung der Universität aufzusuchen, schreibt Dulifera unter Berufung auf den Erfahrungsbericht der Betroffenen. Dort sei der Studentin geraten worden, nichts zu unternehmen. Nach wiederholten Anläufen habe die Doktorandin schliesslich aufge-

geben und sich exmatrikuliert. Die Universität Basel hatte bereits 2019 gegenüber dieser Zeitung eingeräumt, die Betroffene zu wenig unterstützt zu haben, und hat als Konsequenz diverse strukturelle Änderungen ins Rollen gebracht: So wurde unter anderem eine Stelle für persönliche Integrität geschaffen und ein Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität neu verfasst.

Nicht genug, finden die Studierenden von Dulifera und fordern in ihrem zweiten offenen Brief, dass die Stelle zum Schutz der persönlichen Integrität personell aufgestockt wird und unabhängig von universitären Strukturen agiert. Ausserdem kritisieren die Studierenden, dass selbst das überarbeitete Reglement keine konkreten Massnahmen wiedergebe und die Verantwortung zu Hilfeleistung derzeit allein bei Drittpersonen und Bekannten der Opfer liege. «Die Uni Basel soll nicht mehr weiter schweigen und stattdessen mehr Ressourcen in

die Bekämpfung ihrer Probleme mit Machtstrukturen stecken.»

Das findet Dulifera und fordert für alle Mitarbeitenden der Universität ein obligatorisches Training zum Umgang mit sexualisierter Gewalt sowie eine umfassende Sensibilisierungskampagne. Ausserdem verlangt das Kollektiv die Einrichtung einer Dokumentationsstelle für Mikro-Diskriminierungen, damit Betroffene geschützt und Tatpersonen sanktioniert werden können.

Die Universität Basel will derzeit keine Stellungnahme zu den neuen Forderungen von Dulifera abgeben. Cora Wagner, aktuelle Koordinatorin für persönliche Integrität, Kommunikationsleiter Matthias Geering und die Studierenden des Kollektivs befinden sich derzeit im Gespräch. «Wir haben uns geeinigt, nicht öffentlich zu diesem Brief Stellung zu beziehen, ehe alles besprochen ist. Unsere Antwort wird dann ebenfalls schriftlich erfolgen», so Geering.